
PRESSEMITTEILUNG

Wachsende Lohnspreizung in Deutschland

Studie belegt Reallohnrückgang für Geringverdiener

Die Lohnschere in Deutschland klafft weiter auseinander als bislang oft angenommen. Seit den 1980er Jahren steigen die Reallöhne in den oberen Lohngruppen deutlich schneller als für Geringverdiener, deren Löhne in den 1990er Jahren sogar rückläufig waren. Zu diesem Ergebnis gelangt eine aktuelle, von der Deutsch-Britischen Stiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte wissenschaftliche Studie, die als IZA Discussion Paper erschienen ist. Der Untersuchung zufolge wurde die Entwicklung der Löhne in den oberen Gehaltsgruppen in erster Linie durch den technologischen Wandel hervorgerufen, wohingegen die wachsende Ungleichheit am unteren Ende der Lohnskala zum Teil auf den schwindenden Einfluss der Gewerkschaften zurückzuführen ist. Dieser Befund ist gerade vor dem Hintergrund der Debatte um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland von hoher Aktualität.

Die Autoren der Studie, Christian Dustmann (University College London und IZA), Johannes Ludsteck (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) und Uta Schönberg (University of Rochester und IZA) widerlegen mit ihrer Analyse die verbreitete Annahme, dass die Lohnstruktur in den vergangenen beiden Jahrzehnten weitgehend stabil geblieben sei. Zwar konnten alle Lohngruppen in den 1980er Jahren Lohnzuwächse verzeichnen, die Löhne in den einkommensstärksten Gruppen sind jedoch deutlicher gestiegen. Im Gegensatz dazu sind zwischen 1991 und 2001 die Reallöhne der unteren 5 Prozent um bis zu 12 Prozent gesunken. Gleichzeitig konnten die einkommensstärksten 15 Prozent der westdeutschen Bevölkerung Lohnsteigerungen von mehr als 10 Prozent verbuchen.

Die Entwicklung der oberen Lohngruppen in Westdeutschland unterscheidet sich somit kaum von der in den USA. Auffällig ist allerdings, dass sich die Ungleichheit innerhalb der unteren Lohngruppen in Deutschland zwar ebenfalls drastisch vergrößert hat, dies allerdings erst in den 1990er Jahren – vor allem nach der deutschen Einheit – und damit ein Jahrzehnt später als im angelsächsischen Raum. Die Wissenschaftler argumentieren, dass die Ungleichheit am oberen Ende hauptsächlich eine Folge des technologischen Fortschrittes ist, der gut ausgebildete

Arbeitnehmer begünstigt und sich diesseits und jenseits des Atlantiks etwa zeitgleich vollzieht. Dagegen machen die Wissenschaftler für den Anstieg der Ungleichheit am unteren Ende der Lohnskala unter anderem Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen verantwortlich.

„Es ist kein Zufall, dass in Deutschland vor allem seit der Mitte der 1990er Jahre eine zunehmende Lohnspreizung in den unteren Einkommensgruppen zu beobachten ist. Zur gleichen Zeit setzte hierzulande die Erosion der Gewerkschaftsmacht ein“, so IZA Research Fellow Christian Dustmann. „In den USA hat sich dieser Prozess schon in den 1980er Jahren vollzogen.“

Der Anteil der von Tarifverträgen betroffenen Arbeitnehmer ist in Westdeutschland zwischen 1995 und 2005 um ca. 16 Prozent zurückgegangen. Wäre dieser Schwund nicht eingetreten und der gewerkschaftliche Organisationsgrad auf dem Niveau von 1995 verblieben, hätten der Studie zufolge die Löhne im unteren Einkommensbereich (bis zum 5. Perzentil) im Jahr 2004 um durchschnittlich 8 Prozent, an der Spitze der Einkommenspyramide (ab dem 85. Perzentil) jedoch nur um 0,8 Prozent höher gelegen als die tatsächlich eingetretenen Werte. Die Reallohnrückgänge in den unteren Lohngruppen wären vermutlich um ein Drittel geringer ausgefallen, wenn der gewerkschaftliche Organisationsgrad nicht zurückgegangen wäre.

Die Untersuchungsergebnisse legen nahe, dass durch Mindestlöhne eine weitere Zunahme der Ungleichheit innerhalb der unteren Lohngruppen gemildert werden könnte. Möglicherweise wäre dann jedoch gerade die Gruppe der Geringqualifizierten einem höheren Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt. Außerdem könnte der Reallohnrückgang bei den unteren Lohngruppen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gesteigert und damit zur Beendigung der jüngsten Konjunkturkrise beigetragen haben.

Weitere Information zu den Ergebnissen der Studie

Professor Christian Dustmann
Department of Economics
University College London
Gower Street
London WC1E 6BT
U.K.

Telefon: +44 20 7679 5832
Handy: +44 7818 048 380
Fax: +44 20 7916 2775

Weitere Information zur Deutsch-Britischen Stiftung

Annette Birkholz
Presse und Publikationen
Deutsch-Britische Stiftung
Hackescher Markt 1
10178 Berlin
Deutschland

Telefon: 030 2063 4985
Email: ab@agf.org.uk

Die Forschungsarbeit ist im Rahmen einer umfassenden Initiative der Deutsch-Britischen Stiftung entstanden, die unter dem Titel **Creating Sustainable Growth in Europe (csge)** verschiedene Forschungsprogramme zur Erarbeitung von Politikvorschlägen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung umfasst. Professor Christian Dustmann koordiniert den Arbeitsbereich „Beschäftigung, Zuwanderung und soziale Gerechtigkeit“.

Nähere Informationen zur Initiative der Stiftung unter:
www.agf.org.uk/currentprogramme/CreatingSustainableGrowthInEurope.php

Gefördert wurde das Projekt ferner durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Schwerpunktprogramms "Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten". Nähere Informationen unter: http://www.dfg.de/aktuelles_presse/information_fuer_die_wissenschaft/schwerpunktprogramme/archiv/info_wissenschaft_20_03.html

Die Studie (Christian Dustmann/Johannes Ludsteck/Uta Schönberg: Revisiting the German Wage Structure. IZA Discussion Paper No. 2685) kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: <http://ftp.iza.org/dp2685.pdf>



I Z A

